



Liebe Leserin,
lieber Leser!

zum Jahresende geht der Rat immer in eine besondere Arbeitsphase: Der Haushalt muss beraten, mit dem Partner verhandelt und beschlossen werden. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise ist das wahrlich kein Zuckerschlecken. Deshalb haben wir uns besonders über das Angebot des Göttinger FDP-Bundestagsabgeordneten Knopek gefreut, uns zu helfen.



Tom Wedrins

So nehmen wir ihn gerne beim Wort: Erstens muss die Abschaffung der Gewerbesteuer verhindert werden. Zweitens darf der Bund keine Steuerentlastungen beschließen, die bei den Städten und Gemeinden Löcher in die Kasse reißen. In Göttingen wären das fünf Millionen Euro im Jahr. So schauen wir auch gespannt nach Hannover. Wird die Regierung Wulff die Kommunen im Regen stehen lassen oder bei ihrem Kampf um die finanzielle Handlungsfähigkeit aktiv unterstützen?

Wir wünschen Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

Ihr Tom Wedrins

Der klare Kurs bleibt

Die Finanzkrise zwingt zur Bescheidenheit

Mehrere Jahre hintereinander ist es dem Haushaltsbündnis von SPD und Grünen gelungen, den städtischen Haushalt nahezu auszugleichen oder sogar kleine Überschüsse zur Schuldentilgung zu erwirtschaften, spricht: endlich wieder nicht mehr auszugeben, als man einnimmt.

Bis dahin war es ein steiniger Weg: Ab 2001 begann die SPD, zunächst mit der CDU, mehr als 30 Millionen Euro Defizit abzubauen. Schritt für Schritt ging es voran. Licht am Ende des Verschuldungstunnels war zu sehen – bis dann die Bankenkrise Göttingens Finanzen um zehn Jahre zurück warf.

„Wahrscheinlich fehlen uns im laufenden Jahr bis zu 35 Millionen Euro Gewerbesteuer-Einnahmen“, rechnet Fraktionschef Wedrins vor. Damit sei eine der größten Einnahmequellen der Kommunen auch in Göttingen nahezu versiegt. Für die Beratungen des Haushalts 2010 sei damit klar, so Wedrins, dass große Sprünge und kostspielige neue Projekte einfach nicht drin seien – Maß halten sei die Devise. „Dennoch tut Göttingen alles, damit wir in der Kinderbetreuung Spitzenreiter in Niedersachsen bleiben“, versichert



Zahlreiche Einrichtungen der Stadt, hier die KGS, müssen mit Investitionen zukunftsfähig gemacht werden.

Wedrins. Im Hortangebot gebe es großen Nachholbedarf, hier mühe sich die SPD, trotz der extrem angespannten Finanzlage, die Planung vorzuziehen: „Die Eltern brauchen jetzt das Angebot und nicht erst in zehn Jahren“, stellt die Fraktion fest.

Wie lange die Krise sich fortsetzt, sei nicht klar. Fest stehe aber, dass nun nicht mit der Machete gespart werde, nur um eine Null zu erreichen. „Das geht schon deshalb nicht, weil wir dann Infrastruktur wie Kultureinrichtungen, Schwimmbäder oder Schulen verlören, die in besseren Zeiten nicht so einfach wieder herstellbar sind“, mahnt Wedrins. „Die Krise ist aber auch eine Chance, durch Struk-

turveränderungen, etwa in der Verwaltung, dauerhaft Geld zu sparen“, ergänzt Helmi Behbehani, finanzpolitische Fraktionssprecherin, „doch Kahl-schlag lohnt sich nicht.“

Große Sorge aber bereitet der Göttinger SPD-Fraktion auch die Bundespolitik. Sollte sich die FDP mit der Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer durchsetzen, dann könnten wir einpacken. Auch die angekündigten Steuerentlastungen lassen die Alarmglocken schrillen: Göttingen würde weitere fünf Millionen Euro jährlich verlieren. Das träfe die Bürger am Ende hart – über zwangsläufig höhere Gebühren und Eintrittsgelder.

Eine neue IGS für Grone

SPD: Göttinger Schulstandorte langfristiger planen!



Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll hier in Grone möglichst bald eine kleine Integrierte Gesamtschule eingerichtet werden.

Aufatmen bei Eltern, Schülern, Lehrern und in der SPD-Ratsfraktion: Die Käthe-Kollwitz-Schule in Geismar wird doch nicht zum nächsten Schuljahr geschlossen. Die vom Bildungsdezernenten Ludwig Hecke urplötzlich ins Spiel gebrachte Schließung der Schule ist vorerst vom Tisch.

Mit dem Beschluss des Schulausschusses, der eine ursprüngliche Verwaltungsinitiative in wesentlichen Teilen korrigiert, ist die entstandene Verunsicherung hoffentlich etwas abgemildert. Wichtigster Punkt: Für Grone wird eine kleine IGS beantragt. „Schade, dass auch wir als Ratsmitglieder vieles nur aus der Zeitung erfahren haben“, kritisiert Werner Seiler die Schulverwaltung, die offenbar gerne im stillen Kämmerlein arbeite.

Grundsätzlich sind die Sozialdemokraten zwar davon überzeugt, dass die Hauptschule nicht mehr in das heutige Bildungssystem passt und deshalb ersetzt werden muss, aber es dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, hier werde keine gute Arbeit für die Schüle-

rinnen und Schüler geleistet, kritisieren die Sozialdemokraten den hektischen Entscheidungsprozess der Stadtverwaltung.

Die Verwaltung plante die Zusammenlegung dieser Hauptschule mit der Heinrich-Heine-Hauptschule in Grone. Das hätte lange Fahrtzeiten für viele Schülerinnen und Schüler bedeutet, zudem könnte so aus dem Groner Standort niemals die Entwicklung für eine Gesamtschule beginnen, denn das Niedersächsische Schulgesetz zwingt die Stadt Göttingen, mindestens eine Hauptschule

vorzuhalten. Die erst vor kurzer Zeit als Ganztagschule ausgebaut Schule in Grone biete aber gute Voraussetzungen, eine kleine Integrierte Gesamtschule (IGS) zu entwickeln. „Gesamtschulen entsprechen dem Elternwillen und ermöglichen Bildungsaufstiege. Das ist unser Ziel, denn immer noch entscheidet die soziale Herkunft viel zu sehr über den Schulabschluss. Das Groner Projekt grenzt sich auch klar gegen die neue Gesamtschule Bovenden ab“, betonte Schulausschuss-Mitglied Fritz-W. Neumann.

„Auch die städtische Schulverwaltung hatte Mühe, sich zu bewegen. Nach einigen öffentlichen Diskussionen teilt sie aber die SPD-Position, eine Gesamtschule zu beantragen und die Hauptschulen deshalb noch nicht zu schließen“, zeigt sich die Fraktion letztlich zufrieden.

Realschulen

Auch die beiden Göttinger Realschulen sollen nach dem Vorschlag der städtischen Schulverwaltung zusammengelegt werden. Die Fraktion befürwortet auf Grund der deutlich rückläufigen Anmeldezahlen grundsätzlich. Hierfür habe

man in Weende ein Schulgebäude, das mit Geld aus dem Bundesprogramm zur Ganztagschule ausgebaut wurde und in dem die Person-Real-schule untergebracht ist. Zusammen mit der Voigt-Real-schule, deren jetziger Standort am Rande der Innenstadt äußerst begrenzt ist, könne eine herausragende Ganztagsreal-schule entstehen, die Kinder sowohl auf die berufliche Ausbildung wie auch auf weitere und höhere Abschlüsse vorbereite. „Dazu bringt die Person-Real-schule eine Menge Erfahrung im Ganztagsbereich, aber auch in der Pädagogik mit Kindern aus eher problematischen Elternhäusern ein“, erklärt Rats-herr Werner Seiler.

So entstehe eine Realschule für ein breites gesellschaftliches Spektrum, in der Kinder aus den verschiedensten sozialen Ursprüngen gemeinsam lernen können: „Wir wollen aber, dass beide Schulen auf Augenhöhe zusammenwachsen, denn nur so können beide ihre Stärken einbringen und zur Zukunftssicherung beitragen“, meint die SPD-Fraktion.

Nicht akzeptabel sei auch die Position der Schulverwaltung, dem Druck seitens der „Voigt-Lobby“ nachzugeben und die Zusammenlegung so vorzunehmen, dass die bisher sehr gute personelle und finanzielle Ausstattung des Ganztagsbetriebs der Person-Realschule kompromisslos dem Namen „Voigt-Realschule“ geopfert wird. Das ist für die SPD nicht zu machen.

Um die Verwerfungen einer Schulpolitik der Einzelentscheidungen zukünftig zu vermeiden, hat die SPD-Fraktion inzwischen beantragt, die Schulentwicklungsplanung zusammen mit dem Landkreis neu aufzunehmen: „Da muss endlich eine Linie rein, hier aber blockiert noch der Landkreis. Eltern interessieren sich aber nicht für kommunale Grenzen, sondern wollen gute Schulen.“



Die neue Mensa an der Person-Realschule in Weende ist schon fertig. Nun müssen noch die Einzelheiten des Zusammenwachsens mit der Voigt-Realschule geklärt werden.



Private und gewerbliche Abnehmer schätzen den Kompost vom Königsbühl.

Noch in diesem Jahr wird das Bioenergiezentrum Göttingen am Königsbühl eine Photovoltaik-Anlage in Betrieb nehmen, die mit einer jährlichen CO₂-Einsparung von 80 bis 150 Tonnen zum Klimaschutz in Göttingen beitragen wird.

Die Bioenergiezentrum Göttingen GmbH ist eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Stadt Göttingen. Sie wurde vor zehn Jahren als Kompostwerk Göttingen gegründet. Auch heute noch werden jährlich 20.000 Tonnen Bioabfälle, Baum- und Strauchschnitt, sowie biogene Gewerbeabfälle zu hochwertigem Göttinger Kompost verarbeitet, der mit großem Erfolg an gewerbliche und private Abnehmer verkauft wird.

Das Kompostwerk hat sich jedoch von der Göttinger Öffentlichkeit mehr oder weniger un-

Strom kommt vom Dach

Zukunftsweisende Investition im Bioenergiezentrum

bemerkt zu einer Bioenergiefabrik mit modernster Technik weiterentwickelt. Nach der Umstellung des Intensivrotteverfahrens auf eine Kombination von Container- und Tunnelkompostierung wurde eine aerobe Perkolationsstufe mit anschließender externer Vergärung der Biomasse integriert. Mit den bei dieser Vergärung entstehenden Gasen wird ein Motor angetrieben und so Strom und Wärme produziert; beides wird wieder für den Kompostierungsvorgang genutzt.

Der Betrieb produziert mit dem Göttinger Kompost organischen Dünger aus Bioabfall und nutzt dabei die energetischen Ressourcen – ein hervorragendes Beispiel für einen geschlossenen Stoffkreislauf, an dessen Ende keine wertlosen Abfallprodukte bleiben und dessen Energiebedarf sich weitgehend selber deckt.

Für die neue Photovoltaik-Anlage ist eine Investitionssumme in Höhe von 1,25 Millionen Eu-



Renate Bank und Klaus-Peter Hermann loben die stadteigene Gesellschaft, die jährlich 20.000 Tonnen Bioabfall verarbeitet.

ro veranschlagt. Die Anlage erzeugt eine Leistung von 371,2 kWp. Damit kann in unseren Breiten immerhin der Strombedarf von 75 Vier-Personen-Haushalten gedeckt werden. Bei einer Laufzeit von 20 Jahren soll sich die Anlage nicht nur selbst finanzieren, sondern es wird auch mit einer ordentlichen Rendite gerechnet. Vereinbarungen über die Ein-

speisung in das Stromnetz bestehen bereits.

Die beiden Vertreter der SPD-Ratsfraktion im GmbH-Aufsichtsrat, Renate Bank und Klaus-Peter Hermann, unterstützen die zukunftsweisende Investition vorbehaltlos. Bei den jetzigen Preisen sei es wirtschaftlich eine gute Konzeption, bei der die Dachflächen optimal genutzt werden.

Land sitzt auf Bundesgeld

Eine effektive Beschleunigung der Antragsbearbeitung hat die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Helmi Behbehani, vom Land gefordert. Insgesamt hat die Stadt mit 20 Projekten drei Millionen Investitionsmittel aus dem Bundesprogramm zum Krippenausbau beantragt, wovon aber bislang nur ein kleiner Teil ausgezahlt ist.

14 Anträge sind nicht bearbeitet. Die Lücken müssen nun von den freien Trägern oder der Stadt vorfinanziert werden. Behbehani: „Man muss sich das vorstellen: Die Krippen sind

schon eröffnet, das Land ruft aber beim Bund die Gelder nicht ab.“ Zu den betroffenen Einrichtungen gehören die ASC-Kita Danziger Straße, die Kinderhaus-Krippe Nonnenstieg, der AWO-Betriebskindergarten bei Mahr, die städtische Kita Elliehausen, der Waldorf-Kindergarten, die Einrichtung am Stargarder Weg und die Studentenwerks-Krippe in der Geiststraße.

Die Stadt muss nun auch anteilige Personalkosten vorfinanzieren, weil das Land die Anträge zu langsam bearbeitet.

Döring bleibt Intendant

Andreas Döring bleibt Intendant des Jungen Theaters. Der JT-Aufsichtsratsvorsitzende Frank-Peter Arndt zeigte sich „sehr erfreut“ darüber, dass es frühzeitig gelungen sei, die Verlängerung des Intendantenvertrages bis 2016 zu erreichen. So werde Döring die hervorragende künstlerische Arbeit mit dem Ensemble fortführen.

Ratsherr Arndt: „Das von Döring gestaltete Programm spricht das Publikum an. Das JT erreicht nicht nur ein junges Publikum, sondern auch die Menschen, die sich interessiert,

weltoffen und jung geblieben zeigen.“ Auch das Theaterprojekt „Heimweh nach drüben“, eine deutsch-deutsche Komödie zur Grenzöffnung, begeisterte das Publikum nicht nur in Göttingen.

Um für sein Publikum einen Rahmen bieten zu können, bedarf das Gebäude in der Hospitalstraße dringend der Sanierung. Das Foyer, der Eingangsbereich und die Gastronomie bedürfen der Neugestaltung. Trotz der Haushaltslage stehe die Stadt als Gebäude-Eigentümerin in der Pflicht.

Familienbündnis neu auflegen!

Die SPD-Stadtratsfraktion wendet sich dagegen, das im Jahr 2005 vom Rat der Stadt beschlossene Göttinger Bündnis für Familien zu beenden. Sie hat deshalb für die Ratssitzung am 11. Dezember den Antrag gestellt, eine Neuauflage zu initiieren und die Netzwerkarbeit zu beleben.

Anfang Oktober 2009 hatte Bildungsdezernent Ludwig Hecke den Mitgliedern des Kuratoriums überraschend mitgeteilt, dass die Verwaltung die Arbeit des Bündnis „als abgeschlossen betrachtet“. Dagegen erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helmi Behbehani: „Die Verwaltung ist vielmehr aufgefordert, dieses wichtige Netzwerk aktiv zu begleiten und die Familienfreundlichkeit in unserer Stadt mit neuen Impulsen weiter zu entwickeln.“

Im Kuratorium des Familienbündnisses wurde mit Vertretern aus Wirtschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Kammern, Universität und Politik eine breite Basis für eine effektive Bündnisarbeit entwickelt, die nach Ansicht der SPD weiter zu nutzen ist.

Impressum

RATHAUS aktuell
Informationsdienst
der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Göttingen, Zi. 199,
Neues Rathaus,

37070 Göttingen,
Telefon 0551 / 400-2290,
Fax 400-2060, E-Mail:
spd-fraktion@goettingen.de
www.spd-goettingen.de/
fraktion

Redaktion und Gestaltung
Redaktionsbüro
Gerd Aschoff, Göttingen,
Tel. 0551 / 24834

Druck
PR Rasch, Göttingen

Druck auf Beschäftigte

Ausführlich hat sich die SPD-Stadtratsfraktion über die angespannte Situation im Uniklinikum Göttingen informiert. Die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) hatte in den Jahren 2007 und 2008 tieferrote Zahlen geschrieben. „Früher als erhofft haben wir nun die Wende geschafft“, versicherte der vollständig angetretene Vorstand.

Cornelius Frömmel, Wolfgang Brück und Barbara Schulte unterlegten ihren Optimismus mit einer Menge Zahlen. Über 3700 Studierende der Humanmedizin, zehn neu berufene Professoren, neu zertifizierte Bereiche, auf 41,7 Millionen Euro gesteigerte Drittmittel, Kooperationen mit 40 akademischen Lehrkrankenhäusern in der Um-

gebung und ein mit 4,5 Millionen Euro gefüllter Struktur- und Entwicklungsfonds gehören ebenso dazu wie der neben Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der Neurochirurgie dritte Schwerpunkt der Onkologie.

360 Vollzeitstellen sind in zwei Jahren weggefallen, angeblich ohne Einbußen für Patienten. Die SPD hatte im Dezember 2008 einen Ratsantrag unterstützt, der sich gegen die Ausgründung von Arbeitsbereichen wie der Gastronomie aus der UMG und eine damit verbundene Lohnleinbuße für die Mitarbeiter von bis zu 30 Prozent wendete. Statt der verworfenen Ausgründung droht über 700 Beschäftigten nun eine Absenkung ihrer Entgeltgruppen.



**Gruß zu Weihnachten
und Neujahr**

**Wir bedanken uns bei allen,
die unsere Arbeit im
zurückliegenden Jahr
begleitet haben und wünschen
allen Leserinnen und Lesern
ein schönes Weihnachtsfest
und viel Erfolg im Jahr 2010.**

Ihre SPD-Stadtratsfraktion

ganz kurz

Handy-Parken

Nach mehrfachem Hin- und Her hat es die SPD-Fraktion geschafft: Sie hat die Stadtverwaltung davon überzeugt, das „Handy-Parken“ auszuprobieren. Autofahrer müssen dann nicht mehr nach Kleingeld suchen, sondern können ihre Parkgebühren über ihr Mobiltelefon abrechnen. Andere Städte machen es schon vor.

Fahrpreise stabil

Die Fahrpreise für den Stadtbus werden zum Jahreswechsel nicht erhöht. GöVB-Aufsichtsrat Christian Henze zeigte sich erleichtert, dass die Verkehrsbetriebe die Fahrgäste in ihrem Tarifbereich nicht zusätzlich belasten. Das Fahrtenangebot bleibt vollständig erhalten.

Eine Nacht mehr

Die Nachtbusse der Stadt werden künftig zusätzlich in der Nacht von Freitag auf Sonnabend verkehren. Das beschloss der Bauausschuss auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Die Kosten für die Ausweitung werden für einen Versuchszeitraum von einem Jahr aus „Regionalisierungsmitteln“ gedeckt. In den Linien 28 und 29 gelten die normalen Fahrkarten.

Baugebiet kommt

Die Bauverwaltung der Stadt hat versichert, dass sie die Ausweisung eines Baugebiets im Ortsteil Roringen nicht aus dem Auge verloren hat. Auf Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion antwortete Stadtbaurat Dienberg, dass zunächst der „nicht unerhebliche Untersuchungsaufwand“ abgeschlossen werden müsse.

Aus erster Hand

Über unsere Initiativen informieren wir Sie auf www.spd-goettingen.de/fraktion. Für alle zusätzlichen Fragen steht Ihnen gerne unser Fraktionsbüro im Neuen Rathaus unter Telefon 400-2290 zur Verfügung.